



Bundesverband RIAS e. V., Postfach 580 350, 10431 Berlin

PRESSEMITTEILUNG (Sperrfrist 27.06.2023, 11 Uhr)

*Jahresbericht Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022 vorgestellt*

## **Antisemitismus auf hohem Niveau – RIAS dokumentiert 2.480 antisemitische Vorfälle**

Berlin (27.06.2022) – 2022 hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) e. V. 2.480 antisemitische Vorfälle erfasst. Das sind knapp sieben Vorfälle pro Tag. Antisemitismus in Deutschland bleibt auf einem hohen Niveau.

### **Trauriger Höchststand bei Fällen extremer Gewalt**

Der Bundesverband RIAS registriert 2022 einen leichten Rückgang antisemitischer Vorfälle im Vergleich zu 2021. 2022 ereigneten sich jedoch neun Vorfälle extremer Gewalt – potentiell tödliche oder schwere Gewalttaten. Dies ist die höchste Anzahl solcher Fälle seit Beginn der bundesweiten Erfassung in 2017. So wurde im November 2022 auf das ehemalige Rabbinerhauses der Alten Synagoge Essen geschossen. Die Generalbundesanwaltschaft geht dem Verdacht nach, das dieser und zwei andere Fälle extremer Gewalt in Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit den iranischen Revolutionsgarden durchgeführt wurden. Antisemitische Gewalttaten wirken verunsichernd auf jüdische Communities in ganz Deutschland.

### **Antisemitismus ist prägend für den Alltag von Betroffenen in allen Lebensbereichen**

Gleichzeitig begegnet Antisemitismus Betroffenen in alltäglichen Situationen. Antisemitische Vorfälle ereigneten sich in Geschäften, im öffentlichen Nahverkehr, vor jüdischen Einrichtungen oder der eigenen Wohnung. Betroffene können mögliche Tatorte nicht meiden, ohne sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurückzuziehen. In Hamburg kommentierte beispielsweise die Bedienung eines Cafés beim Bezahlen die Kippa eines Gastes antisemitisch: „Ja, dass er Geld hat, sieht man schon an der Mütze. Die haben immer genug Geld.“

### **Verschwörungsideologischer Hintergrund gewinnt an Bedeutung**

Jeder fünfte antisemitische Vorfall hat einen verschwörungsideologischen Hintergrund. Von RIAS-Meldestellen wurden vor allem Versammlungen und Massenzuschriften per E-Mail mit verschwörungsideologischem Zusammenhang dokumentiert. Gerade zu Jahresbeginn spielten Proteste gegen die Coronamaßnahmen laut dem Bundesverband RIAS eine besondere Rolle. Erstmals wurden dem rechts-extremen Hintergrund mit 13 % nicht die meisten Vorfälle zugeordnet. 53 % aller Vorfälle sind keinem politischen Hintergrund klar zuordenbar.

Der Bericht kann ab sofort unter [https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_in\\_Deutschland\\_Jahresbericht\\_RIAS\\_Bund\\_2022.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2022.pdf) eingesehen werden.

Für **Rückfragen oder Interviewanfragen** wenden Sie sich bitte an **Marco Siegmund**, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, unter: [presse@report-antisemitism.de](mailto:presse@report-antisemitism.de) oder **0176 - 345 451 55**

*Der Bundesverband RIAS e. V. ist der Dachverband der RIAS-Meldestellen und verfolgt das Ziel einer einheitlichen Dokumentation antisemitischer Vorfälle auf Grundlage der IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Die RIAS-Meldestellen erfassen bundesweit antisemitische Vorfälle und vermitteln Unterstützung an Betroffene. In den Bericht flossen Vorfälle aus dem ganzen Bundesgebiet und von Meldestellen in elf Bundesländern ein.*



Bundesverband RIAS e.V., Postfach 580 350, 10431 Berlin

### **Stimmen zur Veröffentlichung des Jahresberichts Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022:**

**Benjamin Steinitz**, geschäftsführender Vorstand des Bundesverbands RIAS e. V.:

*„Aufgrund der hohen Gefährdung durch islamistische und rechtsextreme Akteure stehen die Bundesländer in der Pflicht Sicherheits-Defizite für Jüdische Gemeinden umgehend zu beheben. Wenn das Versprechen jüdisches Leben in Deutschland zu fördern nicht nur warme Worte bedeuten sollen, muss der Bund auch gegen den staatlich koordinierten Terrorismus des Iran vorgehen und sich konsequent für eine Aufnahme der Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste einsetzen.“*

**Bianca Loy**, wissenschaftliche Referentin beim Bundesverband RIAS e. V.:

*„Ein systematischer Abgleich mit den polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten fand 2022 nicht statt. Grund hierfür ist auch eine fehlende Rechtsgrundlage auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden. Der Gesetzgeber ist in der Pflicht, hierfür die Voraussetzung zu schaffen. Erst dann erhält die Öffentlichkeit ein umfassendes Lagebild zum Ausmaß und zur Qualität strafbarer und nicht strafbarer antisemitischer Handlungen.“*

**Dr. Josef Schuster**, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

*„Mit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019 ist der Sicherheitsbedarf der jüdischen Gemeinden in Deutschland noch mehr in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Wissen, wie und wo Antisemitismus auftritt ist immer der Ausgangspunkt allen Engagements gegen Antisemitismus. Ich danke dem Bundesverband RIAS für die hervorragende Arbeit auf diesem Gebiet. Dieser Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in unserem Land ist von großer Wichtigkeit und muss auch künftig abgesichert sein.“*

**Dr. Felix Klein**, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus:

*„Die documenta fifteen war zu Recht in aller Munde. Doch auch im Kulturbetrieb ereignen sich viele antisemitische Vorfälle unterhalb der Schwelle der öffentlichen Aufmerksamkeit. Wie in anderen Teilen des gesellschaftlichen Lebens, sind sie für Jüdinnen und Juden Alltag. Die Betroffenen werden bei ihren normalen Aktivitäten mit Judenhass konfrontiert, sei es bei der Arbeit, im öffentlichen Nahverkehr, im Supermarkt oder eben im Theater, im Museum, beim Konzert.“*



Bundesverband RIAS e. V., Postfach 580 350, 10431 Berlin

## **Stellungnahmen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Veröffentlichung des Jahresberichts Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2022:**

### **Simona Koß (SPD)**

*„Die documenta 15 hat ein besonderes Schlaglicht auf Antisemitismus im Kulturbereich geworfen. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Notwendig ist eine systematische Sensibilisierung der Institutionen im Kunst- und Kulturbereich für Antisemitismus, basierend auf der Definition der IHRA. Bei der Besetzung von Findungskommissionen müssen antisemitismus-kritische Personen berücksichtigt werden.“*

Verantwortlich: Simona Koß, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 227-73941

### **Marlene Schönberger (Bündnis 90/Die Grünen)**

*„Der Post-Shoa-Antisemitismus ist in Deutschland das Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Ausdrucksformen des Antisemitismus. Erinnerungsverweigerung ist eine Form der Gewalt gegenüber den Ermordeten, den Überlebenden der Shoa und deren Nachfahren. Der Bericht zeigt die Ausmaße dessen in aller Deutlichkeit. Wollen wir entschieden jede Judenfeindlichkeit bekämpfen, dann müssen wir auch hier ansetzen. Forscher\*innen stellen umfassende Wissensbestände über die Ideologie des Antisemitismus und die Shoa bereit, dennoch beobachten wir eine didaktische Lücke. Diese zu schließen, muss endlich besser gelingen. Überzeugte Antisemit\*innen können meist nicht mehr erreicht werden, aber es geht um diejenigen, die viel zu oft unklar oder regungslos bleiben, wenn es zu antisemitischen Vorfällen kommt.“*

Verantwortlich: Marlene Schönberger, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 227-74179

### **Linda Teuteberg (FDP)**

*„Dass Antisemitismus ein prägender Bestandteil des Alltags von Jüdinnen und Juden in Deutschland ist, ist ein beschämender Befund für unser Land. Jeder Erscheinungsform des Antisemitismus ist entschieden entgegenzutreten. Der RIAS-Jahresbericht verdeutlicht, dass es eines 360 Grad-Blicks des freiheitlichen Rechtsstaats im Kampf gegen Antisemitismus bedarf. Beim entschiedenen Vorgehen gegen Antisemitismus darf es keine Doppelstandards und keinen politischen oder kulturellen Rabatt geben. Auch die Vielfalt von 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland zum Thema zu machen ist ein Beitrag dazu, unsere Verantwortung für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben von Jüdinnen und Juden in unserem Land wahrzunehmen. Ein Skandal mit Wegbereitern und Ansage wie bei der Documenta 15 darf sich nicht wiederholen. Die eindringlichen RIAS-Berichte zeigen, wo wir größere Anstrengungen brauchen.“*

Verantwortlich: Linda Teuteberg, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 227-79512

### **Christoph de Vries (CDU)**

*„Das anhaltend hohe Niveau antisemitischer Vorfälle und der Höchststand bei Fällen extremer Gewalt im Jahr 2022, zeigen, dass seitens des Bundes und der Länder alles getan werden muss, um Jüdinnen und Juden vor Angriffen zu schützen. Wir wollen, dass Juden überall sicher und unbeschwert in Deutschland leben können. Die Schüsse und Vorfälle rund um die Synagoge in Essen im letzten Jahr haben eine Verbindung der Angreifer zum iranischen Regime und insbesondere den Quds-Brigaden ergeben, wie der Bundesgerichtshof festgestellt hat. Der Iran steuert Terrorismus gegen Oppositionelle und Juden in Deutschland. Deshalb müssen die Sanktionen gegen den Iran hochgefahren werden und seine politischen Auslandsorganisationen auf die EU-Terrorliste gesetzt werden. Das IZH in Hamburg als Propagandazentrale und verlängerter Arm des iranischen Terror-Regimes muss unverzüglich verboten werden.“*

Verantwortlich: Christoph de Vries, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 227-74551

### **Petra Pau (Die Linke)**

*„Der deutliche Anstieg von Vorfällen mit verschwörungsideologischem Hintergrund im Jahr 2022 macht die Notwendigkeit der Überarbeitung der KPMD-PMK besonders deutlich. Seit längerem kritisiere ich den wachsenden Phänomenbereich ohne Zuordnung, der vermehrt Straftaten aus dem verschwörungsideologischen und sog. Reichsbürgermilieu fasst. Dadurch werden auch antisemitische Straftaten in dieser schwammigen Kategorie versenkt. Von dort aus sind deren politischen Hintergründe kaum mehr nachzuvollziehen. Deshalb sind eine präzisere Erfassung und ein Überdenken des überholten Extremismuskonzeptes notwendig, damit politische Spektren in ihrer Breite berücksichtigt werden.“*

Verantwortlich: Petra Pau, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 / 227-70698